

Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 36

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.

Angespannte Personalsituation

Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen

Mit der Zielsetzung die „Steuereinnahmen sicherstellen: Keine Kürzung des Beschäftigungsvolumens bei den Finanzämtern“ hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Entschließungsantrag eingebracht, der am 25. Oktober im Landtag behandelt wurde.

Darin heißt es:

Der Landtag stellt fest, dass die angespannte Personalsituation in den Finanzämtern seit geraumer Zeit zu erheblichen Steuerausfällen des Landes führt.

Der Landtag fordert aus diesem Grund die Landesregierung auf,

- das Beschäftigungsvolumen bei den Finanzämtern voll zu erhalten, um die jetzt schon unzureichende Personalausstattung der Finanzämter nicht noch weiter zu verschlechtern
- die Anzahl der auszubildenden Anwärter mittelfristig zu erhöhen, um das zunehmende altersbedingte Ausscheiden von Finanzbeamten aus dem aktiven Dienst auszugleichen.

Der Antrag wurde vom MdL Golibrzuch (Bündnis 90/Die Grünen) ausführlich und sachlich begründet.

Auch der Abgeordnete Althusmann (CDU) äußerte sich in diesem Sinne und regte an, zu überdenken, in welchen Bereichen Personal abgebaut werden könne. Das könne nach Meinung der CDU jedoch nicht die Steuerverwaltung sein. Er bemängelte auch, dass es in Niedersachsen rd. 950 Mio Euro echte Vollstreckungsrückstände gebe.

Die Landesregierung verteidigte durch Minister Aller die

vorgesehenen Sparauflagen des Haushaltsführungserlasses vom 28. August 2002. Die Steuereinnahmen seien gesichert, weil der Außendienst verstärkt worden sei und mit dem Projekt „Finanzamt 2003“ eine Steigerung der Effizienz erreichbar sei. Die von der Opposition genannten Zahlen seien falsch und daher nicht debattierbar. Ziel sei ein Ausbau der Zusammenarbeit mit den Steuerpflichtigen und es wurde die Aussage getätigt, dass alle Anwärter, die in 2003 die Prüfung bestehen, auch übernommen werden. Damit sei die Einstellung qualifizierten Nachwuchses gesichert. Andererseits bestehe jedoch die Notwendigkeit, Personal abzubauen, das im Hinblick auf künftige Anforderungen nicht mehr einsetzbar sei.

In der folgenden Debatte wies der Abgeordnete Golibrzuch darauf hin, dass Erleichterung durch FISCUS nicht absehbar erkennbar sei, denn FISCUS liefere nicht kompatible Module. Der Arbeitsanfall in den Finanzämtern werde aber größer durch Steuergesetzänderungen (Vermögensteuer mit Einheitsbewertung, Erbschaftsteuer, Änderung Eigenheimzulage usw.). Es reiche auch nicht aus, durch den Außendienst Steuerforderungen aufzustellen, die dann durch Bearbeitung im Innendienst nicht realisiert werden können (Personalausstattung im Innendienst; auch Vollstreckung).

Nach Ende der Debatte wurde der Antrag an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen.

Der Landesvorsitzende hat der Landtagsdebatte beigewohnt. Die DSTG wird in dieser Angelegenheit am Ball bleiben.

Aus dem Inhalt:

**Michel Golibrzuch zu Steuerverwaltung und Haushaltsslage
Plakataktion/Bezirkstagungen/JAV-Schulungen**

Der dbb beamtenbund und tarifunion, landesbund niedersachsen hat heute eine Positionierung der Landesregierung zur geplanten Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsgesetz eingefordert.

Bezirkstagungen 2002

Halbzeit für Informations- und Meinungsbörse

Der guten alten Tradition folgend hatte der Bezirkspersonalrat auch in diesem Jahre zu den vier Bezirkstagungen eingeladen. Die erste Informationsveranstaltung fand am 26. September 2002 in Rastede statt, der zweite Informations- und Meinungsaustausch konnte am 30. Oktober 2002 in Nienburg/Weser durchgeführt werden. Zwei weitere Veranstaltungen werden am 13. November 2002 in Oldenburg und am 20. November 2002 in Altensalzkoth folgen.

Den Kolleginnen und Kollegen aus den örtlichen Personalvertretungen war auch in diesem Jahr wieder die Möglichkeit eingeräumt worden, ihre Probleme und Fragen vor Ort direkt mit den Vertretern der Verwaltung diskutieren zu können. So stellten sich in Rastede Finanzpräsident Weber und Personalgruppenleiter Kempfer und in Nienburg Oberfinanzpräsident Dr. Zeller, Personalgruppenleiter Henke und Organisationsreferent Hermenau den Fragen der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern.

In den zwei durchgeführten Bezirkstagungen stellten sich in diesem Jahr unterschiedliche Schwerpunkte heraus. Wurde in Rastede der Themenbereich um den mobilen Arbeitsplatz äußerst ausführlich behandelt, so diskutierten die örtlichen Personalräte in Nienburg/Weser mit der Verwaltung schwerpunktmäßig über die gerade neu begonnene Förderungsfortbildung für unsere angestellten Kolleginnen und Kollegen.

Als weitere Themen kamen die Projekte im Finanzamt 2003 zur Sprache. In Rastede löste der Bericht über das

„Team II“ eine längere Diskussion aus; in Nienburg/Weser wurden einige Fragen zu dem „Einheitlichen Erhebungsbereich“ und zur „Sachkostenbudgetierung“ aufgeworfen. Natürlich war die nunmehr durch Erlass des Niedersächsischen Finanzministeriums ausgesetzte PersBB 2002 Thema. Einige der örtlichen Personalräte hatten sich durch die PersBB eine deutliche Klarstellung der Behandlung der Multiplikatorentätigkeiten erhofft, nachdem aus diesem Grunde die Finanzämter im nachhinein aufgefordert worden waren, entsprechende Erhebungen zu machen. Tatsächlich enthielt der Vorschlag der Oberfinanzdirektion auch einen erhöhten Personalbedarf für Sonderaufgaben (Multiplikatorentätigkeiten).

Eine deutliche Antwort hatte die Verwaltung zu der Frage, ob die Finanzämter am 23. und 27. Dezember 2002 aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden könnten gegeben. Eine Schließung der Ämter kommt nicht in Betracht, gegen eine Notbesetzung an diesen Tagen bestehen jedoch keine Bedenken.

Wie auch in den vergangenen Jahren, konnte der Bezirkspersonalrat als Gäste bei den Bezirkstagungen verschiedene Mitglieder des Hauptpersonalrates begrüßen, die mit ihrer Teilnahme die Verbundenheit mit der Arbeit der örtlichen Personalvertretungen und dem Bezirkspersonalrat zum Ausdruck gebracht haben.

Über die weiteren Bezirkstagungen werden wir im nächsten Blickpunkt berichten.

Uschi Japtok

LANDESVORSTAND

JAV-Schulungen

Neues Konzept erfolgreich umgesetzt

Zu den Schulungen der neugewählten JAV'en konnten wir insgesamt 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in zwei Seminaren begrüßen. Erstmals konnten die Seminare über einen Zeitraum von jeweils zwei vollen Tagen angeboten werden, und boten damit ausreichende Gelegenheit, neben den geäußerten Erwartungen hinsichtlich der Informationen über Rechte und Pflichten der JAV'en auch auf vorgetragene Praxisprobleme und Einzelfragen eingehen zu können. In diesem Jahr wurden erstmals viele einzelne Themenbereiche in Gruppenarbeit erarbeitet. Die anschließende Ergebnisvorstellung führte dann oft zu weiteren Erläuterungen der entsprechenden Vorschriften, aber auch zu einer fruchtbaren Diskussion über die Handhabung in der Praxis. Den größten Raum in dem Seminar nahmen naturgemäß die Vorschriften für die Jugend- und Auszubildendenvertretung ein. Themen wie Gehaltskürzung, Abmahnungen bei schlechten Leistungen, Einstellung von Anwärtern, etc., standen hier auf der Tagesordnung.

Äußerst interessiert folgten die JAV'en dem Gespräch zu dem Thema, welche Handlungsmöglichkeiten einer JAV überhaupt gegeben sind. Ich meine, einige wirklich gute Anregungen konnten aus diesem Gespräch gewonnen werden. Nicht jede Anregung lässt sich sicherlich sofort in jedem Finanzamt umsetzen, aber in Zusammenarbeit mit der örtlichen Personalvertretung lässt sich schon das eine oder andere auf die Beine stellen.

Ein weiterer Teil des Seminars diente außerdem dazu, unsere Kolleginnen und Kollegen über die für Sie maßgebenden Vorschriften, wie z.B. das Jugendarbeitsschutzgesetz, aber auch über die doch grundlegenden Veränderungen in der Ausbildung, zu informieren.

Wir hoffen, wir konnten unseren Kolleginnen und Kollegen genügend „Werkzeug“ an die Hand geben, damit sie ihre Arbeit vor Ort mit Spaß und Freude und Engagement erledigen können. Wir wünschen ihnen hierzu viel Erfolg.

Uschi Japtok

Gastbeitrag von Michel Golibrzuch, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag

Liebe Mitglieder der Steuergewerkschaft,

Niedersachsen ist pleite! Die Finanzlage ist so dramatisch, dass man heute nicht mehr seriös darlegen kann, wie die Beschäftigten im Landesdienst in einem Jahr noch bezahlt werden sollen. Zwar hatte die SPD-Mehrheit bei der Verabschiedung des Doppelletats 2002/2003 eine Änderung des Haushaltsgesetzes verfügt. Danach dürfen aktuell bis zu zwölf Prozent (statt bisher acht) des Etatvolumens als Kasernenverstärkungsmittel aufgenommen werden. Trotz dieser zusätzlichen Kreditlinie von rund 900 Mio. Euro droht spätestens im September 2003 die Zahlungsunfähigkeit. Ein Landeshaushalt ist, der SPD sei es gesagt, nicht unkaputtbar.

Ursächlich für diese Entwicklung sind neben konjunkturellen und steuerreformbedingten Einnahmeausfällen, auch niedersächsische Sonderlasten. Ein aussichtsloser Prozess gegen die Erdgasförderfirma BEB wurde bis in die letzte Instanz geführt, man leistete sich eine milliardenschwere Weltausstellung, den vorzeitigen Lückenschluss der A31, ein Emssperrwerk und demnächst auch einen Tiefwasserhafen. Wie sinnvoll man die verschiedenen Projekte auch beurteilen mag – billiger werden sie dadurch nicht.

Um auf die gigantischen Einnahmeausfälle zu reagieren, will die rot-grüne Bundesregierung das Steuerrecht in einer Reihe von Punkten ändern. Realität werden könnte dann endlich auch die von der Deutschen Steuergewerkschaft schon seit langem geforderte Änderung der Abgabenordnung mit einer weiteren Lockerung des Bankgeheimnisses und der Einführung von Kontrollmitteilungen. Man mag über die Kürzung der Eigenheimzulage oder andere Punkte streiten – das konsequente Unterbinden alltäglicher Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung verdient Beifall.

Sollten diese Rechtsänderungen im März vom Bundesrat beschlossen werden, verbessert sich Niedersachsens Kasernenlage leider nur unwesentlich. Gedacht wird deshalb auch an eine Neuregelung der Erbschaftsteuer. Angesichts der Rechtsprechung der Finanzgerichte löst es nur noch Kopfschütteln aus, wenn über diesen Punkt politisch immer wieder gestritten wird. Natürlich muss auch Immobilienver-

mögen im Erbschaftsfalle endlich zeitnah bewertet werden, alles andere wäre verfassungswidrig. Nicht ohne Grund werden sämtliche Erbschaftsteuerbescheide seit Dezember letzten Jahres nur noch unter Vorbehalt zugestellt.

Alles Hin- und Herrechnen wird nicht helfen: Auch mit zusätzlichen Einnahmen aus der Erbschaftsteuer lassen sich Niedersachsens Haushaltskrater nicht schließen. Konkret geplant ist deshalb eine Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsgesetz. Länder „im Haushaltsnotstand“ sollen künftig die Möglichkeit bekommen, die Bezüge ihrer Beamten um bis zu zehn Prozent zu senken und zwar ganz unabhängig davon, ob sie sich wie Niedersachsen oder Berlin p-

olitisch selbst in diese Lage hineinmanövriert haben.

Nun sind die Grünen für sinnvolle Einsparvorschläge stets zu haben, auch wenn sie bei den Betroffenen naturgemäß nie auf Gegenliebe stoßen. Den Vorschlag einer Öffnungsklausel im Besoldungsrecht jedoch halte ich für falsch. Die Berliner Bundesratsinitiative beschert den Ländern genau den Wettbewerbsföderalismus, den Hessen, Bayern und Baden-Württemberg vor dem Verfassungsgericht vergeblich eingeklagt haben. Strukturell finanzschwache Länder wie Niedersachsen werden hierbei immer den Kürzeren ziehen.

Gerade wenn der Staat mit Defiziten kämpft, kommt es darauf an, die vorhandenen Einnahmepoten-

tenziale auszuschöpfen. Umso unverständlicher ist uns, wenn das Beschäftigungsvolumen der Finanzämter von Minister Aller gekürzt wird. Ein Entschließungsantrag meiner Fraktion, diese Kürzung zurück zu nehmen und die Zahl der neu einzustellenden Anwärter/innen zu verstetigen, stieß bei der ersten Beratung im Landtag leider nicht auf Gegenliebe der SPD. Angesichts der aktuellen Haushaltslage möchte man Finanzminister Aller die Lebensweisheit der tibetanischen Bettelmönche empfehlen: Wer nicht mehr helfen kann, der sollte wenigstens aufhören zu schaden.

Wer es ernst meint mit der Verbesserung der Landesfinanzen, der muss zunächst die Arbeitssituation in den niedersächsischen Finanzämtern verbessern. Die Grüne Landtagsfraktion hat dazu in den vergangenen Jahren immer



Gastbeitrag von Michel Golibrzuch, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag

wieder Vorschläge gemacht, und ich füge hinzu: Auch die Grüne Partei unterstützt diese Initiativen. Erstmals finden sich in einem Programm zur Landtagswahl konkrete Aussagen zur Zukunft der Steuerverwaltung, darunter die Forderung, diesen Bereich von weiteren Personalkürzungen auszunehmen.

Persönlich darf ich mich an dieser Stelle für eine lange Jahre währende, phantastische Zusammenarbeit mit der Deutschen Steuergewerkschaft bedanken. Dem nächsten Landtag werde ich nicht mehr angehören, es sei denn, die Stimmberechtigten meines Wahlkreises entsenden mich direkt ins Landesparlament.

Mit Blick auf die Landtagswahl am 2. Februar erlauben Sie mir aber die Schlussbemerkung: Es wäre mir eine große Ehre, künftig in anderer Funktion für den „Blickpunkt“ Grußworte schreiben zu dürfen.

Herzlichst, Ihr



Michel Golibrzuch

LANDESVORSTAND

Plakataktion des Landesverbandes

Unterstützung unserer berechtigten Anliegen eingefordert

Die DSTG hat im September eine Plakataktion begonnen, wie wir bereits in der letzten Ausgabe angekündigt haben.

Ziele dieser Aktion war und ist es, neben der Darstellung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, zu welchen Themen wir uns in der politischen Diskussion befinden, – in zugegeben plakativer Form – den politisch Verantwortlichen in Niedersachsen die Situation der Steuerverwaltung und die Stimmungslage der Beschäftigten vor Augen zu führen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf unser Gemeinwesen aus DSTG-Sicht zu schildern.

Das zweite Plakat der Staffel diene einzig und allein der Darstellung der Arbeitslage in den Finanzämtern. Es lag und liegt uns fern, Drohungen, Nötigungen, pauschale Diskreditierungen oder ähnliches auszusprechen. Trotz der Kritik an dem Plakat bleibt zu berichten, dass von

den Abgeordneten eine durchgängig positive Resonanz auf unsere Begleitschreiben erfolgt ist.

Festzuhalten bleibt auch – über die DSTG und die Steuerverwaltung wird gesprochen.

Mit dem ersten Schreiben an die Landesregierung wurde die Plakataktion fortgesetzt und wird noch in diesem Jahr beendet werden.

In beiden Schreiben haben wir bei unseren Adressaten die Unterstützung unserer berechtigten Anliegen im Landtag aber auch im Bundesrat eingefordert und den konstruktiven Dialog mit uns angeboten. Wir wünschen uns, dass dieser nun angenommen wird.

Die Plakate sowie die Anschreiben finden Sie auf unserer Website unter der Rubrik „Mitglieder“.

Gewerkschaftliche Arbeit zahlt sich in Euro und Cent aus:

Hebungen im Jahr 2002:

Gehobener Dienst:	Juli	zu A 10	50 Innendienst
-------------------	------	---------	----------------

Konsequenzen aus dem Verwendungsaufstieg:

Verwendungsaufsteiger	Oktober	zu A 10	25
Mittlerer Dienst:	Beförderungen im September	zu A 9+Z	25
		zu A 9	20
		zu A 8	8

Ohne den Einsatz des DSTG Landesverbandes wäre dieses, wie vieles andere auch, nicht möglich gewesen.

DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach meinen Vorstellungen wollte ich in dieser Ausgabe intensiver auf unsere Plakataktion eingehen. Die Reaktionen der Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag haben gezeigt, dass wir damit erhebliche Unruhe, Verärgerung und Empörung hervorgerufen haben.

Mittlerweile beschäftigt mich aber mehr die Frage, ob sich die Abgeordneten in die Situation der Beamtinnen und Beamten hineinversetzen können, die durch die geplanten finanziellen Einbußen entstehen werden.

Die Länder sollen künftig bis zu zehn Prozent der Beamtensoldaten selbst regeln können. Eine von der Ministerpräsidentenkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe der Länder hat dazu eine allgemeine Öffnungsklausel für das BBesG vorgeschlagen, die weder befristet noch an bestimmte Bedingungen wie eine Haushaltsnotlage geknüpft sein soll. Ob ein Land mehrere Jahre nicht an Gehaltserhöhungen teilnehme, das Urlaubsgeld ganz streiche oder das „Weihnachtsgeld“ sozial gestaffelt zahle – nach dem Motto „Die einen bekommen nichts und die anderen 100 Prozent“ – soll Länderkompetenz werden.

Zynischer, selbst wenn es zur Zeit nur ein Vorschlag ist, kann man mit seinem Personal nicht umgehen. Nicht die Beamtenschaft ist schuld an der Haushaltsmisere der Länder. Ganz allein die Politiker, egal welcher Couleur, haben durch ständig neue „Wohltaten“ vor dem Hintergrund des Wiedergewähltwerdens die Aufgaben des öffentlichen Dienstes vermehrt, zu deren Durchführung nun einmal Personal gehört. Niedersachsen befindet sich mit seiner desolaten Haushaltslage durchaus in guter Gesellschaft mit anderen Bundesländern. Das hat aber so lange nicht sonderlich interessiert, wie es nicht am eigenen Portemonnaie zu spüren war. So lange es keine Wählerstimmen kostete, hat niemanden interessiert, wie das Land seit Jahren unbekümmert über seine Verhältnisse gelebt hat. Wenn Politik nun wie aus heiterem Himmel die Erkenntnis gewinnt, dass nun endlich gespart werden muss, dann kann das nicht bedeuten, dass Haushaltsdefizite mit Gehaltskürzungen gegenfinanziert werden. Zum Sparen gehört Aufgabenkritik und der Mut, den Bürgern zu erklären, dass bislang gewohnte staatliche Leistungen in Zukunft nicht mehr bezahlbar sind. Es ist eine unglaubliche Perversität, dass dieses politische Fehlverhalten allein durch Gehaltseinbußen der Beamten ausgeglichen werden soll.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Aufregung zu unserer Plakataktion, so kann ich diese nicht verstehen. Jeder realistisch denkende Mensch weiss, dass die dort angedeutete provokative Forderung wohl kaum umzusetzen ist. Die drohenden Gehaltseinbußen durch die geplante Öffnungsklausel sind dagegen sehr konkret.

Mir ist auch nicht bekannt, dass Abgeordnete in Zukunft ebenfalls nach Kassenlage bezahlt werden sollen. Von der wirkungsgleichen Übertragung der Rentenreform auf die Beamten sind Abgeordnete bislang jedenfalls nicht betrof-

fen.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden jetzt fragen, was macht denn unsere Gewerkschaft dagegen?

Der DBB hat nach Bekanntwerden dieser Pläne natürlich sofort entsprechend reagiert und auf die Folgen hingewiesen. Ich meine, dass wir aber zuerst unsere Landesregierung fragen müssen, wie diese sich zu verhalten gedenkt. Bisher hat diese sich nicht geäußert. Ein gutes Zeichen? Oder nur ein wahltaktisches Verhalten!? Rechtzeitig vor den Landtagswahlen werden wir die Haltung der Landesregierung wie auch der Opposition abfordern. Unser Verhalten gegenüber der Politik (Landtagswahl 2003) und unserem Dienstherrn (Motivation?) gilt es dann neu zu überdenken. Auch Beamte haben immer noch das Wahlrecht!

Sollte Niedersachsen den fatalen Weg in die Öffnungsklausel mitgehen, dann müssen wir alle abwägen, ob wir bei 90 Prozent Bezahlung noch 100 Prozent Leistung bringen. Wie wir dann unseren Protest darstellen, wird im Einzelnen zu klären sein.

Die beginnende Tarifrunde im öffentlichen Dienst wird bereits einen Hinweis geben, wo der Weg aus Sicht der Politik hingehen soll.

Eines scheint sich jedoch bereits jetzt schon abzuzeichnen: aller Voraussicht nach wird der deutsche beamtenbund auf Bundesebene zu einer zentralen Protestveranstaltung aufrufen. Unter den gegebenen Umständen muss die Teilnahme daran für jeden Verpflichtung sein, denn sonst wird die Beamtenschaft zu noch mehr finanziellen Sonderopfern herangezogen werden. Das gilt es zu verhindern. Jetzt kann es nur eines geben: Solidarität zeigen, denn es geht an das Eingemachte. Wehren können wir uns nur, wenn wir in großer Zahl in der Öffentlichkeit unsere Bereitschaft demonstrieren, für unsere Belange zu kämpfen. Das kann man in der Steuerverwaltung zum einen mit der Mitgliedschaft in der DSTG, denn die tut etwas, und zum anderen auch durch geänderte Arbeitsweise, die z.B. dazu führen kann, dass das Land noch weniger Einnahmen erhält. Hoffen wir gemeinsam auf Verstandesentscheidungen der politisch Verantwortlichen. Wenn nicht werden wir handeln.

Bis dahin alles Gute

Ihr




Jürgen Hüper

Kurz notiert

Ministergespräch

Am 10. Oktober 2002 trafen Finanzminister Heinrich Aller und Vertreter der DSTG Niedersachsen zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Im Vordergrund des Gespräches standen die Auswirkungen des Konsolidierungskonzeptes 2003-2007 der Landesregierung auf die Steuerverwaltung. Außerdem wurden das Projekt Finanzamt 2003, notwendige Veränderungen u.a. der Personalstruktur und einiges mehr diskutiert.

Zukunftsdiskussion

Durch Gespräche im politischen Raum wird immer deutlicher, dass ein Konzept für die Zukunft der Steuerverwaltung erforderlich ist. Es geht also nicht mehr nur darum, wie im Projekt "Finanzamt 2003" erfolgt, partielle Änderungen herbeizuführen. Gefragt ist ein Gesamtkonzept für die Bereiche Organisation, Personalstruktur und IuK.

In den kommenden Monaten beabsichtigt der DSTG Landesverband seine Vision der zukünftigen "Gestalt" der niedersächsischen Steuerverwaltung zu definieren.

Die Ergebnisse sollen dann mit den politischen Verantwortungsträgern und den Spitzen der Verwaltung diskutiert werden. In der Folge gilt es, die notwendigen politischen Entscheidungen zur Umsetzung unserer Vision auf den Weg zu bringen.

Beitragseinzug

Starttermin für den Beitragseinzug für das 4. Quartal 2002 ist der 15. November 2002.

Doppeleinzüge von Beiträgen können grundsätzlich nicht entstehen. Sollte es im Einzelfall zu Problemen kommen, bitten wir um entsprechende Information unserer Geschäftsstelle.

Für anfallende Änderungen wie z.B. bei Beförderungen/Höhergruppierungen oder Adressänderungen würden wir uns freuen, wenn Sie den im Internet (www.dstg-nds.de unter der Rubrik "Mitglieder") eingestellten Vordruck benutzen und diesen ausgefüllt über Ihren DSTG-Ortsverband an unsere Geschäftsstelle weiterleiten, damit unsere Mitgliederdatei stets auf dem aktuellen Stand ist.

Wir danken nochmals allen Mitgliedern sowie den DSTG-Ortsverbänden für die geleistete Unterstützung.

Fundstelle Website

Nähere Informationen zur Landtagsdebatte zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finden Sie auf unserer Website unter der Adresse: www.dstg-nds.de.

Seminar der DSTG-Jugend

Am 31. Oktober bis 02. November fand das diesjährige Herbstseminar der Jugend in Bad Bevensen statt. Themen waren hier für die angereisten 20 Teilnehmer die unterschiedlichen Strukturen der Gewerkschaft und deren Aufgabenverteilung. Der Sinn von gewerkschaftlicher Arbeit wurde diesbezüglich anhand von Modellen in Gruppenarbeit erarbeitet.

Nochmaliger Dank geht an dieser Stelle an Sabine Köhler und Wolf-Heinrich Bruch, die uns in diesem Jahr wieder besuchten und einen Einblick in die aktuelle Gewerkschaftsarbeit gaben sowie für Fragen der Teilnehmer zur Verfügung standen.

Deutschlandturnier der Finanzämter

Die Sportler des Landesverbandes Niedersachsen waren beim diesjährigen Deutschlandturnier der Finanzämter vom 19.-21. September 2002 in Heilbronn wieder sehr erfolgreich.

Mirko Kernein vom FA Hannover-Nord siegte im Tischtennis Einzel. Die Tischtennis Herrenmannschaft sowie Martina Nührung aus Nienburg im Damen Einzel belegten hervorragende 3. Plätze.

Im Schach erkämpfte sich Bernd Krökel vom FA Wolfenbüttel ebenfalls einen sehr guten 3. Platz. Die Mannschaft mit Dieter Labahn vom FA Hannover-Land II wurde 4.

Im Tennis scheiterte Detlev Rohrbeck aus Helmstedt gegen den späteren Sieger im Viertelfinale.

Das **Deutschlandturnier 2003 vom 25.-28. September** findet in **Jena** statt.

Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Sportarten Tischtennis, Tennis, Schach sowie erstmalig Bowling melden sich bitte schriftlich bei: Bernd Borgfeld, FA Hannover-Nord.

Als OFD-Pokalsieger Fußball 2002 ist die Mannschaft vom FA Osnabrück-Land qualifiziert.

Bernd Borgfeld

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Berliner Allee 8, 30175 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: dstg-nds@t-online.de, Internet: www.dstg-niedersachsen.de

Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Sabine Köhler und Friedhelm Schäfer, Berliner Allee 8, 30175 Hannover

Auflage: 9200 Erscheinungsweise: zweimonatlich

Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover

Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.